

Bitte keine Täuschungsmanöver! Die Wissenschaft fordert Kontrolle von Tabakprodukten

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 23. März 2018

Gesundheit ist das Hauptanliegen der Bevölkerung, und der Staat muss alle notwendigen Massnahmen ergreifen, um dieses öffentliche Interesse zu schützen. Während Tabak in unserem Land die vermeidbarste Todesursache ist, weigerte sich die Bundesversammlung 2016, einen ersten Gesetzesentwurf über Tabakprodukte zu verabschieden, der darauf abzielte, diese Produkte besser zu kontrollieren. Sie hat damit die Position der Tabakkonzerne unter Missachtung der öffentlichen Gesundheit und des Willens der Bevölkerung bekräftigt, die sich überwiegend für restriktivere Anti-Tabak-Gesetze aussprechen. Die Bundesverwaltung hat das Mandat des Parlaments respektiert und Ende 2017 einen zweiten Gesetzesentwurf zu Tabakprodukten (VE-TabPG) in die Vernehmlassung geschickt. Im Hinblick auf Fragen der öffentlichen Gesundheit und die Achtung der Grundrechte der BürgerInnen, ob RaucherInnen oder NichtraucherInnen, hat die Swiss School of Public Health (SSPH+) eine detaillierte Analyse durchgeführt. Wissenschaftlich gesehen ist der Vorschlag gänzlich unangebracht: Der vorgeschlagene Text muss abgelehnt werden, weil er eine Täuschung darstellt. Tatsächlich erreicht er in seiner derzeitigen Konzeption nicht das Ziel, "soll der Mensch vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten geschützt werden" (Art. 1 VE-TabPG).

Tabak: Weltweiter Killer Nummer 1 führt zu unerträglichen Kosten

Tabak ist weltweit die führende vermeidbare Ursache für Tod und Krankheit. Jedes Jahr sterben in der Schweiz rund 9'500 Menschen an Tabak, was fast 15% der Todesfälle ausmacht. Die drei häufigsten tabakbedingten Krankheiten sind Krebs mit 42% (hauptsächlich Lungenkrebs), Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit 39% (Herzinfarkt, koronare Herzkrankheit und Folgeerkrankungen) und chronisch-obstruktive Lungenerkrankung (COPD), eine irreversible Atemwegserkrankung an welcher 400'000 Menschen leiden, von denen 85% rauchen (Bundesamt für Statistik, (2015). Todesursachenstatistik: Tabakbedingte Todesfälle in der Schweiz, 1995-2012, Neuchâtel, Schweiz). Der wirtschaftliche Schaden des Rauchens macht jährlich 1,5 Milliarden Franken direkte medizinische Kosten und fast 4 Milliarden Produktivitätsverluste aus. Diese Beträge liegen nahe am Umsatz der Tabakindustrie in der Schweiz und übersteigen bei weitem die Steuereinnahmen (2,6 Milliarden im Jahr 2014). Aus gesundheitsökonomischer Sicht bieten Massnahmen zur Rauchprävention und Rauchentwöhnung erhebliche Kosten-Nutzen-Vorteile für die Gesundheit der Bevölkerung. Die Kosteneffizienz einer strengen Kontrollpolitik für Tabakprodukte ist besonders positiv.

Rechtsvorschriften müssen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen

Dass sich die akademische Welt zur Ablehnung eines Gesetzesentwurfs zu Wort meldet, ist eher ungewöhnlich. Die heutige Situation ist aber sowohl in Bezug auf die öffentliche Gesundheit als auch die Grundfreiheiten aussergewöhnlich. Der Zweck des Gesetzes sollte es sein, die Rechte von NichtraucherInnen und RaucherInnen zu garantieren. RaucherInnen sollten nicht stigmatisiert werden. Sie müssen in der Lage sein, ihre Wahl zu leben, ohne die Rechte von NichtraucherInnen zu verletzen, aber sie müssen auch über die geeigneten Mittel verfügen, um ihre Sucht zu überwinden. Weit davon entfernt, die Freiheit der BürgerInnen und VerbraucherInnen zu verteidigen, wie die BefürworterInnen der VE-TabPG argumentieren, beschränkt der Gesetzestext ihre Fähigkeit, eine freie Wahl zu treffen. Der Text bezweckt, die Tabakindustrie und die davon abhängigen Wirtschaftszweige unabhängig vom öffentlichen Interesse zu schützen.

Dieser Vorentwurf veranschaulicht die Grenzen unseres Milizsystems und die Dominanz der Lobbyisten in der politischen Debatte. In einer Zeit, in der zunehmend von Fehlinformationen und Manipulationen von Fakten die Rede ist, ist die Verteidigung politischer Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Beweise eine Notwendigkeit. Die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs zu Tabakprodukten wäre ebenso unverständlich wie die Leugnung der globalen Erwärmung. Die SSPH+ lädt alle Gesundheitsfachleute ein, von ihren parlamentarischen VertreterInnen einen wissenschaftlich gestützten Gesetzestext zu fordern.

Die Position der SSPH+ wird unterstützt von den Akademien der Wissenschaften Schweiz, zahlreichen Universitätsinstituten, Spitälern und Gesellschaften, des Departements Public Health und Gesundheitsberufe der FMH, sowie von mehr als 250 ProfessorInnen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen, die für die öffentliche Gesundheit in der ganzen Schweiz eintreten.

Im Namen der SSPH+

Dominique Sprumont

Nino Künzli

Luca Crivelli



@ 2007–2017 · SSPH+ Swiss School of Public Health